

Der Planungs- und Verkehrsausschuss empfiehlt dem Kreisausschuss, die Verwaltung zu beauftragen, den Antragsteller darüber zu informieren, dass es sich bei der Einführung der MobilPassTickets um eine Entscheidung des Verkehrsverbundes Rhein-Sieg gehandelt hat, die an die Zustimmung aller Mitgliedskörperschaften und an eine ausreichende Finanzausstattung durch das Land NRW gekoppelt war. Die vom Antragsteller gewünschte Beschlussfassung des Kreistages des Rhein-Sieg-Kreises ist daher nicht möglich. Gleichwohl wird die Verwaltung gebeten, sich bei dem JobCenter und den Sozialämtern dafür einzusetzen, dass der MobilPass weiterhin ausgestellt wird.